

## Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!



Hamburg, den 28.01.2016

### PRESSEMITTEILUNG

#### **Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek stellt Schlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Hamburgs vor. Faire und nachhaltige Verteilung aller Flüchtlinge ist auch ohne Großunterkünfte machbar.**

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! stellt am 28.01.2016 auf Ihrer Webseite einen Vorschlag für einen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg vor. Dieser berücksichtigt - im Gegensatz zum bisher eher von Sachzwängen dominierten Handeln der Behörden - Faktoren, die zu einer Integration der Flüchtlinge beitragen können.

Der Verteilungsschlüssel enthält im Wesentlichen folgende Parameter:

- die **Einwohnerzahl** als Wert, der die Anzahl Menschen beziffert, die Integration leisten können.
- die **Fläche** als Wert, der die Bebauungsmöglichkeiten eines Stadtteils beziffert.
- die **soziale Stärke** als Wert, der die Leistungsfähigkeit im Bezug auf Integration beziffert.
- die **Infrastruktur** als Wert, der die vorhandenen Gegebenheiten beziffert, unter denen Integration geleistet werden muss.

Der Verteilerschlüssel steht allen Interessierten für Erläuterungen, Diskussionen, Ideen und Verbesserungs-/ Weiterentwicklungsvorschläge zur Verfügung. Die Bürgerinitiative hat im Übrigen bereits Kontakt zu verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen aufgenommen und um Bewertung gebeten.

**Orga-Mitglied Jan Greve:** Das bisherige Verhalten der Verwaltung war eher von Sachzwängen dominiert. Dabei wurde im Wesentlichen auf verfügbare Flächen geachtet, weitere Faktoren aber außer Acht gelassen. Diese Art des Handelns war und ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar. Wir sagen ganz deutlich: „Flächen integrieren keine Menschen, Menschen integrieren Menschen!“. Statt über Baumkataster auf neuen Flächen zu reden, wäre es Aufgabe der Verwaltung gewesen, einen für alle Bürger nachvollziehbaren Schlüssel zu entwickeln. Es ist unverständlich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg einzig mit Ihren Verpflichtungen aus dem Königsteiner Schlüssel argumentiert, sich im Innenverhältnis jedoch bisher jedem Schlüssel verweigert hat. Da verwundert es kaum, dass Bürgerinnen und Bürger den Königsteiner Schlüssel akzeptieren, die angekündigten Unterbringungen in ihrem Stadtteil jedoch nicht.

**Orga-Mitglied Björn Greve:** Der Anspruch ist dabei nicht, den endgültigen und unveränderbaren Schlüssel zu präsentieren. Vielmehr möchten wir eine Diskussion anregen, um eine gerechte und nachvollziehbare Verteilungsmöglichkeit für alle Bürger

rinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg darzustellen. Der Grundsatz der öffentlichen Verwaltung, jeden Vergabeprozess transparent und nachvollziehbar (z.B. per Bewertungsmatrix) zu gestalten, muss auch bei der Planung und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften umgesetzt werden. Dafür ist ein Verteilungsschlüssel, der wesentliche Rahmenfaktoren aufgreift, mehr als geeignet.

**Orga-Mitglied Eike Ludwig:** Dieser Schlüssel bezieht sich auf die in Hamburg unterzubringenden Menschen in Folgeunterkünften. Wir trennen bewusst die von der Stadt geplanten Unterbringungsmöglichkeiten in Folgeunterkünften (54.000 Plätze) von denen in den Erstaufnahmen (25.000 Plätze). Die Stadt hat lediglich eine Unterbringungs-Verpflichtung für die nach dem Königsteiner Schlüssel aufzunehmenden Flüchtlinge. Gleichzeitig verwendet Hamburg viele Ressourcen und Flächen für Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen auch Flüchtlinge untergebracht werden, die in nicht in Hamburg nicht integriert werden müssen, sondern später eventuell in andere Bundesländer verteilt werden. Mit einer effizienteren Verwaltung und schnelleren Umverteilung können diese Plätze deutlich reduziert werden. Zu prüfen ist zudem: wenn es in Hamburg möglich ist, Flüchtende ohne Bleibeperspektive im Bundesland zu betreuen, könnten diese Flüchtlinge auch in jedem anderen Bundesland, in ggf. wesentlich besseren Unterkünften als Baumärkten, auf ihre Verteilung warten. Hier fordern wir die Politik zu Lösungen auf!

**Orga-Mitglied Volker Jahnke:** In den bisher gebauten und geplanten Unterkünften wird im Einzelfall das 2,5fache der bisherigen Einwohnerzahl eines Stadtteils überplant. In 13 Stadtteilen kommen auf einen Flüchtling weniger als 10 Einwohner, während Hamburg insgesamt mit 33 Einwohnern je Flüchtling plant. Das halten wir für sozialen Irrsinn! Zumal 38 Stadtteile bisher noch gar keine Folgeunterkunft zugewiesen bekommen haben! Es muss z.B. ganz klar erklärt werden, warum in einigen Stadtteilen zukünftig sehr viele Kinder in Containern unterrichtet werden, während anderswo am Schulbetrieb keine Änderung vorgenommen werden muss.

**Orga-Mitglied Sven Blum:** Der von uns entwickelte Schlüssel enthält wesentliche soziale Rahmenparameter wie die soziale Kraft (hier abgeleitet aus der Quote der SGB II-Bezieher) und auch die Infrastrukturgegebenheiten (Schulen, KITAs, Ärzte, Polizei, öffentl. Nahverkehr) eines Stadtteils. Auch die Fläche eines Stadtteils spielt weiterhin eine tragende Rolle, wird jedoch insofern korrigiert, als dass der Stadtteil mit den schlechtesten Rahmenbedingungen (sozial- und infrastrukturell) nur maximal mit dem Faktor berücksichtigt wird, der für ganz Hamburg angestrebt ist (1 Flüchtling auf 33 Einwohner). Der Schlüssel zeigt deutlich, dass eine Verteilung unter Berücksichtigung von sozialen und infrastrukturellen Faktoren fair und nachvollziehbar möglich ist.

Im Ergebnis werden nur noch 9 Stadtteile keine Unterbringung zugewiesen bekommen, alle mit weniger als 1.500 Einwohnern. Die Integrationskraft als zentraler Faktor pendelt zwischen 225% (Poppenbüttel) bis zu 18% (Dulsberg) des Hamburger - Durchschnittes. Zum Vergleich: Aktuell werden Stadtteile wie z.B. Rissen mit 885% belastet. Die Integrationskraft wird damit zum Faktor, der auf eine direkte Überforderung eines Stadtteils verzichtet, aber auch Flächenverfügbarkeiten berücksichtigt. Zur Verdeutlichung: Die 19 Stadtteile mit den höchsten Einwohnerdichten haben allesamt einen Faktor unter 100% und müssen Unterkunftsgrößen von i.d.R. 100 bis 400 Flüchtlingen erbringen. Entlastet werden im Wesentlichen die Standorte der geplanten Großunterkünfte, die jedoch weiterhin hohe Zuweisungen von bis zu 1.600

Flüchtlingen bekommen. Ein hohes Potential zeigt der Schlüssel für die Stadtteile Niendorf und Rahlstedt (jeweils ca. 2.000 zusätzliche Plätze) sowie für die Stadtteile Bramfeld, Volksdorf, Lohbrügge und Sasel mit jeweils ca. 1.000 zusätzlichen Plätzen.

**Orga-Mitglied Ute Skolinski:** Eine kleine Unterkunft kann jeder Stadtteil erbringen. Dabei zeigen kreative Lösungen aus anderen Großstädten wie Frankfurt oder Stuttgart, was möglich ist. Das kann man bereits mit einem angemieteten Hostel erreichen. Auch für Ballungsräume innerhalb der Stadt kann man unterschiedliche Lösungen angehen. Sofern Infrastruktur in der Nähe konzentriert ist, kann man die Unterbringung auch zwischen einzelnen benachbarten Stadtteilen verschieben, mit der Maßgabe, eine Überforderung der Menschen eines Stadtteils (im Modell den Faktor 3,7) nicht zu überschreiten. Wichtig ist jedoch, keine zu großen Einheiten zu bauen und unbedingt auf ausreichende Durchmischung zu achten. Denn eines steht fest: bleiben die Flüchtlinge unter sich, wird Integration misslingen.

**Orga-Mitglied Norbert Höbelt:** Alleingänge und Kritikresistenz werden am Ende häufig zu einer für alle Seiten schlechten Lösung führen. Darum sollten aus den jahrzehntelangen Erfahrungen und Fehlern der Vergangenheit gemeinsam eine Zukunft gestaltet werden, um ein erfolgreiches Miteinander zu ermöglichen. Schnellschüsse und übereilte oder konzeptlose Entscheidungen haben auf keiner Seite Gewinner, sondern schaffen eher weitere Probleme, die nicht nur zusätzliche Kosten verursachen, sondern auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen, wie wir sie momentan erleben. Daher ist es immer besser miteinander zu reden, als übereinander. Wir sind bereit dazu!

Die Bürgerinitiative hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Am 31.01. Januar 14:00 ruft die Bürgerinitiative zu einer Demonstration in Neugraben-Fischbek auf dem Marktplatz auf, um ihren Zielen Nachdruck zu verleihen.

Anlage:       Tabelle Faktoren und Verteilungsmengen  
                  Grafiken zur Verteilung

---

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: [mitmachen@binf-online.de](mailto:mitmachen@binf-online.de)

Web: [www.binf-online.de](http://www.binf-online.de)

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN zur Politik - JA zur Hilfe

Twitter: BI NeugrabenFischbek

*Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an.*